

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER

LINKSOPPOSITION

10 Nummern S 150 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr 119.471Redaktion und Administration:
XVI, Kirchstetterngasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen

Juni 1933

7. Jahrgang, Nr. 130

An unsere Leser!

Die letzte Nummer der «Arbeiter-Stimme» brachte nur zwei Seiten Text. Es ist nicht unsere Schuld. Die Vorzensur hat die Hälfte des Blattes gestrichen. Die Artikel «Die Partei verboten», «Letzte Mahnung!», «Der Weg zur Wendung», «Oppositionelle Strömungen in der SP» wurden verboten, mit der Begründung, daß sie der Notverordnung, betreffend das Verbot der Kommunistischen Partei, widersprechen. Nr. 129 wurde konfisziert und über den verantwortlichen Redakteur Genossen Stiptschitsch von der Polizei die Strafe von 14 Tagen Arrest verhängt.

Die Vorzensur verhindert, daß wir in unserem Blatt frei sprechen. Wir bitten unsere Leser, das zu berücksichtigen und ihre individuelle Propaganda und Agitation für unsere Linie nun erst recht zu verstärken.

Daß das fortgesetzte Konfiszieren unser Blatt finanziell schwer schädigt, liegt auf der Hand. Darum ergeht an alle, die für die Wiedergeburt der proletarischen Klassenbewegung kämpfen, der Ruf, unser Blatt auch finanziell zu unterstützen: durch Pressefondsspenden, durch regelmäßige Geldunterstützungen, durch Abonnement, durch Werbung neuer Abonnenten und vor allem durch gesteigerte Verbreitung der «Arbeiter-Stimme».

Oesterreich und Ungarn

In dem Budapester Blatt «A Reggel» haben die führenden Männer der christlichsozialen Partei sich für die Annäherung von Oesterreich an Ungarn ausgesprochen. Der gegenwärtige Moment sei für die Verwirklichung der Annäherung am günstigsten...

Horthysten und Legitimisten sind beide monarchistisch. Aber die Taktik trennt sie. Horthy-Gömbös wollen die Monarchie in Ungarn je tzt noch nicht. Die Legitimisten wollen sie jetzt schon wiederaufrichten.

Mit den ungarischen arbeiten Hand in Hand die österreichischen Legitimisten und wer mit den österreichischen Legitimisten in Oesterreich zusammenarbeiten, das braucht gar nicht ausgesprochen werden, die Deutschmeistermusik spielt's einem vor... Das zeigt, wohin der Kurs geht.

Reichspräsident Auwi

Wir haben vor mehreren Monaten vorausgesagt, daß der Nationalsozialismus als nächsten Uebergang zur monarchistischen Restauration an die Stelle Hindenburgs einen Monarcho-Reichspräsidenten bringen werde und wir nannten schon damals Auwi, den vierten Sohn des Exkaisers Wilhelm, als den in Aussicht Genommenen. Die Nachrichten verdichteten sich nun immer mehr, daß dieser Plan jetzt verwirklicht werden soll. Der Nationalsozialismus betreibt vollkommen bewußt die monarchistische Restauration. Auch hier erweist er sich als der größte Betrüger der Massen.

Nach dem Verbot der Nazipartei

Die Aufnahme in die Regierung erzwingen, war und ist das nächste Hauptziel der Nazi. Um gewisse außenpolitische Hindernisse zu beheben, haben sie sich äußerlich umgestellt: In Wien und Berlin entsagten die Braunen dem Anschluß Oesterreichs an Nazideutschland, ohne in Wirklichkeit, die Absicht Oesterreich «gleichzuschalten» auch nur eine Sekunde aufzugeben; zugleich zogen sie die Nazifiliale nach außen hin als «selbständig» auf, ohne in Wirklichkeit an dem bisherigen Verhältnis das geringste zu ändern. Hand in Hand mit den raffinierten Manövern eines scheinbaren Rückzuges übergingen sie zu einer Terroroffensive mit Petroleum, Bomben, Granaten. All diese Mord- und Brandattentate haben sie angekurbelt mit dem bewußten Ziel, dadurch ihre Aufnahme in die Regierung zu erzwingen.

Die Regierung hat die Nazipartei verboten, hat die SS und SA aufgelöst. Jeden Stoß gegen die Nazi immer zu einem Stoß gegen die Arbeiterklasse benützend, hat die Regierung den Freidenkerbund aufgelöst.

In einem Interview im «L'Intransigeant» äußerte sich Bundeskanzler Dr. Dollfuß: «Ein Nachgeben ist unmöglich. Kompromisse mit den Nationalsozialisten sind gleichfalls ausgeschlossen. Die Aufnahme der Nationalsozialisten in die Regierung ist mit der Gegenwart anderer Parteien, die die Regierung bisher getreu unterstützt haben, unvereinbar. Er könne und werde sie niemals ausbothen, nur um den Nationalsozialisten ein Vergnügen zu machen.» Das war am 16. Juni. Die Äußerung läßt die Deutung zu, daß die Aufnahme der Nazis in die Regierung möglich wäre, wenn sie mit der Gegenwart der anderen jetzigen Regierungsparteien vereinbar würde. Die Nazis werden alles tun, um das durchzusetzen. Sie werden sich mausern und nochmals mausern. Sie sind zu jeder Mauserung bereit, die ihnen die Tür zum Eintritt in die Regierung öffnet. All ihr Handeln, Wenden, Mausern, gründet sich letzten Endes auf das Fortschreiten der Krise. Da die Massen im Lager des Proletariats keine wirkende Kraft mehr sehen, die die Massen beleben, anziehen, mobilisieren würde, so verschieben sich die verzweifelnden Massen, je mehr sich die Krise verschärft, immer weiter nach rechts. Darauf stellen die Nazis ihre Hauptrechnung. Sie rechnen, daß gerade diese Massenverschiebung die jetzigen Regierungsparteien veranlassen wird, das, was sie heute unvereinbar finden, nach einiger Zeit vereinbarlich zu finden: Die Koalition mit den Nazis. Zweifellos will der überwiegende Teil der österreichischen Bourgeoisie jetzt die Nazis nur dann in die Regierung aufnehmen, wenn sie sich wirklich einordnen in die Diktatur der österreichischen Front. Doch die Wirtschaftskrise geht weiter...

Die Politik der Sozialdemokratie ist Wind auf die braunen Segel. Sie verlangt die «Vereinigung der ungeheuren Mehrheit des österreichischen Volkes zu einer Einheitsfront gegen den Nationalfaschismus» («A.-Z.» 13. d.), die «wahre österreichische Einheitsfront» («A.-Z.» 15. d.), die «Zusammenfassung aller Kräfte» (Seitz, «A.-Z.» 15. d.), «Die Einheitsfront der österreichischen Republik», «in diesem Augen-

blick eminentester Gefahren müssen alle Kräfte, die Willens sind, unser Land gegen die Nazibewegung zu verteidigen, zusammenstehen» («Kleines Blatt» 15. d.), den «wirklichen österreichischen Patriotismus». Mit einem Wort, die österreichische SP treibt haargenau dieselbe Politik, die die SPD unter Brünnig getrieben hat.

Die sozialdemokratischen Arbeiter wissen, wohin diese Politik in Deutschland geführt hat. Soll das in Oesterreich verhindert werden, dann müssen die sozialdemokratischen Arbeiter die Lehren aus der deutschen Erfahrung ziehen. Die Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, zuerst der offenen, dann der versteckten Koalition, der Tolerierung, hat in Deutschland Hitler die Bahn gebahnt. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen Schluß machen mit der Koalitionspolitik und müssen die Linie betreten des konsequenten Kampfes gegen die Kapitalistenklasse: zum Schutze des Lebens der Arbeiter, zum Schutze ihrer Einrichtungen, zur Vermeidung ihrer dringendsten Lebensinteressen, ihrer sozialen und politischen Rechte, zur Besserung ihrer Lebenshaltung, zur Wiederherstellung der Demokratie. Das allein führt die Wendung herbei!

denn das allein leitet ein die Verschiebung der Kräfteverhältnisse der Klassen zugunsten der Arbeiter, das allein leitet ein die Wege, die Umgruppierung der Massen von rechts wieder nach links, das allein verhindert die faschistische Diktatur, das allein öffnet die Bahn zu neuem Aufstieg der Arbeiterklasse.

Die SPOe verfaßt bei lebendigem Leib. Die KPOe ist verboten und in voller Zersetzung. Das Schweigen der Arbeiterschaft hat über sie das Todesurteil ausgesprochen. Das Urteil der Arbeiter ist richtig: Verbrechen auf Verbrechen an der Arbeiterschaft hat der Stalinismus gehäuft; aus der durch den Stalinismus verursachten deutschen Katastrophe zog die österreichische Partei keine Lehre; und selbst aus dem Schweigen der Arbeiterklasse nach dem Parteiverbot zogen die österreichischen Stalinisten keine Lehre. Die KPOe ist erledigt durch das richtige Urteil der österreichischen Arbeiterklasse. Die österreichischen Arbeiter haben in Wirklichkeit keine Partei mehr, sie müssen sich die neue wirkliche Arbeiterpartei erst schaffen. Im Bunde mit ihnen darauf hinzuwirken, ist unsere Hauptaufgabe.

Sanierungsversuche der Bankrotteure

Immer größer wird die Kluft zwischen den Versprechungen und den Taten Hitlers. Er füllt den kapitalistischen Räubern die Säcke, indem er die ausgeplünderten Massen vollends ausraubt. Die Hungerlöhne sinken, die Preise steigen, der Wucher blüht, die Arbeitermassen verrecken, die Kleinbürger und Kleinbauern darben. Die Klassengegensätze verschärfen sich, die großen Illusionen der Massen beginnen zu schwinden, die Unzufriedenheit schwillt, selbst in der SA, dem Fundament der NSDAP, beginnt es zu gären.

Die grenzenlose Vereindung der Massen war und ist das bewußte, wirkliche Programm des Faschismus. Denn nur so vermag er dem Kapitalismus das Leben zu verlängern. Gerade darum raubt er dem Proletariat alle Machtpositionen, gerade darum zerschlägt er alle proletarischen Organisationen, gerade darum sucht er alle klassenbewußten Elemente in der Arbeiterschaft auszurotten. Je mehr die faschistische Offensive zur Sanierung des Kapitalismus, zur kapitalistischen Ueberwindung der Krise fortschreitet, je entsetzlicher sich die Massennot gestaltet, desto mehr steigert der Faschismus seinen Terror gegen die Arbeitermassen, um sie weiter zu schwächen und immer weniger fähig zu machen zum organisierten, kraftvollen Massenkampf. Der Faschismus rechnet kaltblütig bewußt, daß seine Offensive die Massennot steigert und diese den Massengroll immer mehr aufpeitscht. Gerade darum sucht er durch rücksichtslosen planmäßigen Terror die Massen unfähig zu machen, geschlossenen, wirksamen Kampf aufzunehmen.

Darum ist das bloße Hinweisen auf die

wachsenden Schwierigkeiten, Gegensätze, Zerfallserscheinungen im Faschismus ein Nähren von Illusionen. Von sich aus wird der Faschismus nicht abwirtschaften, sondern die Massen immer tiefer und immer tiefer stoßen. Daran wird auch nichts geändert, wenn man am Papier platonisch erklärt, gegen den Faschismus helfe nur der «Kampf». Das tut sowohl Sozialdemokratie als Stalinismus. Beide Bankrotteure suchen sich zu retten und ihre Verratspolitik fortzusetzen.

Die SP führt einen wahren Eiertanz auf zwischen Prag und Berlin, Wien und Prag. Es muß nicht so sein, daß etwa die Weis und Löbe das Spiel miteinander abgekartet hätten und daß ihnen Adler, dem seine «internationalen» Felle immer mehr davonschwimmen, etwa bewußt die Karten mische. Wie immer sich das, was geschieht, in den Köpfen der Handelnden spiegelt, es ist letzten Endes seiner Auswirkung nach nur ein Spiel mit verteilten Rollen, bestimmt dazu, der SP nach ihrem Verrat in Deutschland das Vertrauen der Massen wieder zu gewinnen und — dennoch die alte Verratspolitik fortzusetzen. Wer sich auch nur im Traum einfallen läßt, daß die Weis & Co. in Prag mit ihrer «kämpfenden Demokratie» wirklich an einen Kampf gegen die Bourgeoisie denken, der ist gründlich auf dem Holzweg. Die wollen nach wie vor nicht den Kampf gegen, sondern das Bündnis mit der Bourgeoisie, also können sie gegen den Faschismus nur maulen, nie aber kämpfen, denn der Faschismus ist das Hauptwerkzeug der Bourgeoisie, um den niedergehenden Kapitalismus, um die kapitalistische Herrschaft weiter zu behaupten.

ten. Ob in Berlin oder Prag, ob in Paris oder Wien, ob in Schweden oder Spanien, ob in der Tschechei oder Dänemark, ob in Amerika oder Japan, die Sozialdemokratie, diese Zweiklassenpartei, in der eine Kleinbürgerschaft die Arbeitermasse hinter sich schleppt, für kleinbürgerliche Interessen ausnützt, mißbraucht, kann nicht heraus aus ihrer kleinbürgerlichen Haut: die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie ist und bleibt ihr Grundgesetz.

Das Auftrumpfen mit der «Illegalität» ändert daran nicht das geringste. Der «illegale Kampf» der SP hilft der Arbeiterklasse nicht einen Pfifferling, weil er sich genau so wie ihr «legaler Kampf» bewegt auf der Grundlinie der Zusammenarbeit mit dem Klassenfeind. Durch die Zusammenarbeit mit dem Klassenfeind hat die SP die Katastrophe in Deutschland herbeigeführt, hat sie die Arbeiterklasse verraten. Also kann auch keine Zusammenarbeit mit dem Klassenfeind die Arbeiter aus der Katastrophe führen. Also ist die SP schlechterdings unfähig die Massen zu befreien, wohl aber fähig, sie weiter zu täuschen, weiter zu verraten. Und in der Tat ist das ihre geschichtliche Funktion.

Ein ähnliches Spiel versucht der bankrotte Stalinismus. Jahrelang hat er der SP die Mauer gemacht, («Sozialfaschismus», RGO-Linie, «rote» Einheitsfronttaktik usw.). Jahrelang hat er dem Faschismus in die Hände gearbeitet («rote» Volksentscheid, Nationalbolschewismus, Programm der nationalen und sozialen Befreiung usw.), kampflos kapitulierend hat er dann dem Faschismus die Macht überlassen, ohne einen Finger zu rühren ließ er das Proletariat blutig niederschlagen, die proletarischen Organisationen, ja die KPD selbst zertrümmern. Diese Stalinclique, die 6 Millionen Wähler, mehrere Dutzend Zeitungen und noch vieles andere mehr hatte, diese Stalinclique, die mit all dem keinen Finger gerührt hat, um die Aufrichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern, diese verräterische Stalinclique will heute, wo sie in Deutschland von all dem fast nichts mehr hat und wo der Faschismus die tausendfachen Machtmittel hat, wie vor der Machtangewohnung, dieselbe Stalinclique will heute den Arbeitern Ehrenreden — sie kämpfte gegen den Faschismus!

Gewiß, die Stalinbureaukratie läßt illegale Flugzettel und Zeitungen drucken, das Geld dazu hat sie. Gewiß, diese Flugzettel und Zeitungen werden da und dort auch wirklich verbreitet, denn der kleine Rest, der dem Stalinismus noch folgt, durchschaut noch immer nicht dessen Verratspolitik. Allein, was steht in den Flugzetteln, in den Zeitungen, die der Stalinismus verbreitet, auf welcher politischen Linie wirkt der Stalinismus heute? Nun, in diesen Flugzetteln, Flugschriften, Zeitungen steht, daß die stalinische Politik bis zum 30. Jänner und auch seither richtig war, also daß die stalinische Politik, dieselbe Politik, die zur Katastrophe führte! — richtig war

In den illegalen stalinischen Flugschriften, Zeitungen, die der Stalinismus in Deutschland verbreitet, setzt er dieselbe verbrecherische, verräterische Politik weiter fort, womit er die katastrophale Niederlage verursacht hat. Kann damit der Arbeiterklasse geholfen werden? Nie und nimmer!

Sozialdemokratie und Stalinismus hätten die Möglichkeit, wenigstens von außen her der Arbeiterklasse zu helfen, durch die internationale Kampfeinheitsfront, geschlossen zwischen SI, KI, Gewerkschaften. Die Kampfeinheitsfront von Internationale zu Internationale wäre auch heute noch das wichtigste Mittel, zu helfen, sie würde durch die Mobilisierung des Weltproletariats den Anstoß geben, zur Mobilisierung der deutschen Arbeitermassen. Doch Sozialdemokratie und Stalinismus sabotieren, verhindern vollkommen bewußt die Kampfeinheitsfront von Internationale zu Internationale, ihre einzige Sorge ist nur, immer Ausreden zu finden für diesen Verrat.

Sozialdemokratie und Stalinismus haben die Arbeiterklasse verraten und beide betreiben skrupellos ihre Verratspolitik auch heute weiter, beide suchen darüber die Arbeiter zu täuschen, um sie weiter hinter sich zu halten. Das führt die Arbeiterklasse immer tiefer. Die Arbeiter Deutschlands müssen die beiden Verräter liegen lassen und alle ihre Anstrengungen vereinen, mit allen Kräften hinarbeiten auf die Hauptaufgabe: Schaffung einer illegalen proletarisch-revolutionären Partei in Deutschland, Schaffung einer neuen, einer ernstesten, wirklichen KPD.

Die Hauptlehre der SAP

Als die Verratspolitik der SPD und die Bankrotspolitik der KPD zum Himmel schrie, erstand in Deutschland die SAP. Damals war es noch immer Zeit, die Wendung herbeizuführen. Die SAP konnte ein entscheidender Hebel auf diesem Wege sein. In der Tat, diese Wendung herbeizuführen, war das Programm der SAP, und sie hatte den ehrlichen, besten Willen, es durchzuführen. Und doch ist sie vollkommen gescheitert, schon vor der faschistischen Macht ergreifung war sie zusammengebrochen. Sie, die die SP als Verratspartei gebrandmarkt, kehrte zurück in die Partei des Verrates. Ein jämmerlicher Bankrott.

Was war die Ursache dieses Zusammenbruchs? Der gute Wille in Ehren, er ist und bleibt bedeutsam. Doch in der Politik gibt das Gesetz der schiefen Ebene. Wer von einer falschen Grundeinstellung ausgeht, wer sich auf einer falschen Grundlinie bewegt, der mag den besten, ehrlichsten Willen haben, der Sache zu dienen, er wird und muß scheitern und die Sache aufs schwerste schädigen.

Die SAP stellte sich zum nächsten Hauptziel, die gesamte Arbeitermasse in der proletarischen Klassenfront zu einigen. Das war richtig. Aber sie betrachtete sich als den Haupthebel dazu und das war falsch. Sie wollte, die verräterische SPD und die bankrottierende KPD liquidieren, die Rolle erfüllen der einzigen, wirklichen proletarischen Klassenpartei. Diese Grundeinstellung zwischen den beiden hindurch, über die beiden Parteien hinwegzuschreiten, war falsch, grundfalsch. Gewiß, die SPD war vom proletarischen Klassenstandpunkt schon damals politisch und moralisch erledigt. Keineswegs aber, trotz aller ihrer schweren Fehler, galt dies damals von der KPD. Damals bestand in vollkommenem Maße noch die Möglichkeit, die KPD zu gesunden, und die einzig richtige Grundeinstellung der SAP wäre gewesen, durch die Erklärung der marxistisch-leninistischen Gesinnung der KPD vorwärts zur wirklichen proletarisch-revolutionären Klassenpartei. Hätte die SAP auf dieser Grundlinie gekämpft, die wirkliche Wendung in der KPD wäre erkämpft worden, die SAP hätte durch ihren so einseitigen Kampf der deutschen Arbeiterklasse den Weg zur Wendung geöffnet.

Die falsche Grundeinstellung der SAP in der Frage ihrer Rolle entsprang ihrer falschen politischen Grundeinstellung überhaupt. Wer sich wie die SAP die richtige Aufgabe stellt, die gesamte Arbeitermasse in der proletarischen Klassenfront zu einigen, der muß seine ganze Politik einstellen auf die konsequent proletarische Klassenlinie, der muß ausnahmslos alle Richtungen, die von der proletarischen Klassenlinie wegführen, bis zur Endkonsequenz bekämpfen. Tut er das nicht, dann muß er zwangsläufig selbst von der proletarischen Klassenlinie wegstorkeln, dann kann er die gesamte Arbeitermasse in der proletarischen Klassenfront nicht einigen, denn das ist einzig und allein möglich auf der konsequenten proletarischen Klassenlinie.

Die Einstellung der SAP zur sozialdemokratischen Politik war im Wesen richtig, ihre Einstellung jedoch zur Politik der KPD war grundfalsch. Wohl hat sie die politischen Fehler der KPD kritisiert, auch da nur die ultralinken, gegen die im Wesen opportunistische Grundlinie der KPD dagegen wendete sie nichts an.

Vor allem aber stellte sie gar nicht die Frage nach der Grundwurzel der verfehlten Politik der KPD. Die SAP ist der Frage des Stalinismus ausgewichen und glaubte, damit besonders gut gehandelt zu haben. In Wirklichkeit ist sie gerade daran schieflich zugrunde gegangen. Wer im Weltkrieg und nachher für die proletarische Klassenlinie kämpfte, für den genügte es, abzurechnen mit Sozialpatriotismus und Sozialpazifismus, also mit der Sozialdemokratie. Allein vor heute der konsequent proletarischen Klassenlinie zum Durchbruch verhelfen will, der muß abrechnen nicht nur mit der Sozialdemokratie, sondern in vollem Umfang und bis zur Endkonsequenz auch mit dem Stalinismus, was erst recht die restlose Abrechnung mit dem Rechtskommunismus in sich begreift. Wer für die Grundeinstellung des «Aufbaues des Sozialismus in einem Lande» ist oder sie auch nur durch Stillschweigen toleriert, der setzt sich damit außerstande, die unvermeidlichen Konsequenzen dieser nationalkommunistischen Grundeinstellung wirksam zu bekämpfen, der setzt sich außerstande, die gesamte Arbeitermasse in der proletarischen Klassenfront zu einigen. Die rote» Einheitsfronttaktik, der Sozialfaschismus, die RGO-Linie, der Nationalbolschewismus, all dies sind unvermeidliche Konsequenzen des stalinischen Nationalkommunismus. Diese Folgen können wirksam nicht bekämpft werden, ohne

ihre Grundwurzel zu bekämpfen, den Stalinismus. Wer die Sozialdemokratie nicht bekämpft, kann den Stalinismus nicht überwinden. Wer den Stalinismus nicht bekämpft, kann die sozialdemokratischen Arbeitermassen von der SP nicht lösen, kann sie nicht für sich gewinnen. Wer den Stalinismus nicht bekämpft, kann die Sozialdemokratie nicht liquidieren. Gewiß, die SAP kämpfte gegen die SP, doch indem sie dem Kampf gegen den Stalinismus auswich, torkelte sie hoffnungslos zwischen Sozialdemokratie und Stalinismus. Sie mußte rasch von der Bädliche verschwinden oder sich dem einen der beiden an den Hals werfen. Aus Schreck vor der ultralinken Abenteuermaske des verdeckten stalinischen Opportunismus, kapituliert sie vor dem offenen Opportunismus, vor der Sozialdemokratie.

Heute ist das Problem der SAP in vereinfachter Form neuerlich auf die Tagesordnung gestellt. Heute, nach der deutschen Katastrophe, steht die SP krasser als je als Verratspartei da. Und die KP, die selbst aus solcher Katastrophe keine Konsequenzen zog, ist politisch und moralisch erledigt. Heute könnte und müßte eine zweite SAP gerade die Rolle auf sich nehmen, die die erste SAP auf sich genommen hat. Was damals grundfalsch war, wäre heute, da sich die Verhältnisse von Grund aus geändert haben, von

Grund aus richtig und notwendig. Doch das politische Grundproblem der ersten SAP stünde auch vor der zweiten SAP: sie kann ihre geschichtliche Aufgabe nur erfüllen, wenn sie vom ersten Augenblick an mit aller Konsequenz bestritt die konsequente proletarische Klassenlinie, wenn sie ausnahmslos mit allen Richtungen, die von der konsequenten proletarischen Klassenlinie wegführen, schonungslos bis zur letzten Endkonsequenz abrechnet, ihnen vom ersten Augenblick an nicht die allgeringste Hoffnung läßt. Eine zweite SAP, die nicht vom ersten Augenblick an erbarmungslos auch mit dem Stalinismus in seiner Gesamtheit und erst recht mit dem Rechtskommunismus abrechnet, könnte die Sozialdemokratie nicht wirksam bekämpfen, wäre außerstande, die sozialdemokratischen Arbeiter von der Verratslinie der SP zu lösen, wäre unfähig, die gesamte Arbeitermasse zur proletarischen Kampffront zu einigen, mit einem Wort, eine solche zweite SAP würde und müßte genau so unruhig scheitern wie die erste. Und auch wenn sich die zweite SAP schließlich statt der SP dem Stalinismus an den Hals würde, heute, nach dem ungeheuren deutschen Bankrott, heute, da der Stalinismus sogar daraus keine Konsequenzen zieht, heute, da eben dadurch die KP politisch und moralisch tot ist, heute wäre das nicht nur die Kapitulation vor dem krassen Opportunismus, der Opportunismus bleibt, auch wenn er sich ultralinkt tanzt, heute hieße das sich einem verwerdenden Leichnam an den Hals werfen, das heißt — sich selbst töten.

Kurze Worte über den Stalinismus an die sozialdem. Arbeiter

Die Sozialdemokratie treibt Verrat. Der Stalinismus erscheint euch revolutionär. Er ist es nicht.

Er hat 1926/27 die chinesische Revolution, die KP Chinas zugrunde gerichtet. Er hat dadurch der Weltrevolution einen entscheidenden Stoß versetzt, hat den Flankenschutz der Sowjetmacht im Osten ruiniert.

Er hat die deutsche Revolution, die KP Deutschlands zugrunde gerichtet, er hat kampflos vor dem Faschismus kapituliert, er ist schuld, daß Hitler die faschistische Diktatur aufrichten konnte. Der jahrelange Verrat der SP ist keine Entschuldigung. Denn eben wegen der Verräterrolle der Sozialdemokratie wurde die KI gegründet und ihre Grundaufgabe war, die Arbeitermassen aus dem Lager verräterischer Sozialdemokratie überzuführen in das Lager des Kampfes, in das Lager der Revolution. Das hat der verbrecherische Stalinismus durch seine Bankrotspolitik verhindert und eben dadurch die ungeheure Niederlage herbeigeführt. Durch die von ihm herbeigeführte deutsche Katastrophe hat er Sowjetrußland des Flankenschutzes im Osten beraubt.

Durch die Schuld des Stalinismus steht heute Sowjetrußland isoliert da gegenüber dem Weltimperialismus, der gerade die letzten Vorbereitungen trifft zum Räuberkrieg gegen Sowjetrußland.

Überall in allen Ländern hat der Stalinismus die revolutionäre Kraft geschwächt, denn er hat die Grundlinie der Weltrevolution längst schon tatsächlich aufgegeben.

Wie aber wirtschaftet der Stalinismus im Innern Sowjetrußlands? Einerseits ging er auf Rekorde los, ohne Rücksicht auf die Kraft der russischen Arbeiterklasse, und eben darum die Kraft wahnsinnig überspannend und schwächend. Andererseits verfiel er immer wieder in Opportunismus, immer wieder die proletarischen Interessen opfernd den nichtproletarischen Elementen. Laßt euch nicht täuschen durch die gigantischen Bauten in Rußland. Was von den Wiener Gemeindebauten im kleinen, gilt von Stalins Giganten im großen: für das Urteil der Arbeiterklasse entscheiden nicht die Bauten, so große Leistungen sie auch sind, sondern entscheidet die Gesamtlage der Arbeiterklasse. Der Stalinismus hat die Gesamtlage der russischen Arbeiterklasse wesentlich verschlechtert und gefährdet sie immer mehr. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch und vor allem politisch. Er hat die russischen Arbeiter, ja selbst die russischen Kommunisten vollkommen entrechtet. Der Stalinismus ist in Wirklichkeit die Politik der Stalin-Bureaukratie, zu Nutz und Frommen der Stalin-Bureaukratie, die genau so wie die sozialdemokratische Bureaukratie auf dem Rücken der Arbeiter hochgekommen, heute keine andere Aufgabe mehr, als ihre bürokratische Macht und ihre Pfirnden weiter zu behaupten und gehe daran auch die Revolution, Proletariat und Sowjetmacht zugrunde.

Der Stalinismus ist genau so opportunistisch wie die Sozialdemokratie. Doch auf dem Boden eines Arbeiterstaates ist er gezwungen, seine opportunistische Grundlinie «radikaler» zu tun als die Sozialdemokratie, die auf dem Boden kapitalistischer Staaten operiert. Darum greift er immer wieder zum Ultralinktum, zum Abenteuerum, das viele Arbeiter als revolutionär und kommunistisch halten. Das Gegenteil ist der Fall, all dieses Ultralinktum, all diese stalinischen Abenteuer haben der Revolution, dem Kommunismus schwer geschadet.

Der Stalinismus war ein Verbrechen bis zur deutschen Katastrophe, die er verschäudert hat. Indem der Stalinismus die Politik, die zur deutschen Katastrophe geführt hat, auch heute fortsetzt, treibt er Verrat an Proletariat und Revolution.

SP., Kampf

Beinahe täglich hat die Sozialdemokratie mit Recht festgestellt: der Verfassungsgerichtshof besteht nicht mehr — und bei der erstbesten Gelegenheit (siehe «A.-Z.» 31. Mai) wendet sie sich wieder an den Verfassungsgerichtshof. ... So schaut er aus, der sozialdemokratische «Kampf»!

SP., Offensive

Die SP hat wieder einmal die «Offensive» eingeleitet — nämlich bloß mit der Werbetrümmer, und sie meldet auch schon die Zunahme ihrer Mitgliederzahl. Doch je dicker die SP wird, desto dünner werden die Arbeiter, je mehr der tönerne Koloß der SP anschwillt, desto schwächer werden die Arbeiter; denn die Sozialdemokratie bindet mit ihrer verräterischen Politik die Kräfte an den Wagen der Bourgeoisie. Die SP stärken heißt nur die Kräfte des Proletariats entziehen dem Kampfe gegen den Klassenfeind.

Rebus

Im niederösterreichischen Landtag verkündete der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Schneiderl (AZ v. 17. d.): «Wir führen auch den Kampf gegen den grün-weißen Faschismus.» Warum verschweigt der sprachige Landtagsabgeordnete das Wo? Wo führt die SP gegenwärtig wie immer getarnt den Kampf gegen den grün-weißen Faschismus?

Etwa mit ihrer Werbetrümmer! Aber solche Werbekämpfe hat die SP Jahr für Jahr durchgeführt und immer mit Mitgliedererwerb — dem grün-weißen Faschismus geschah dadurch nicht der geringste Abbruch.

Etwa mit dem Volksadresse? Aber solche Unterschriftensammlungen hat die SP im Laufe der Jahre schon wiederholt durchgeführt und immer mit 100.000 von Unterschriften — dem grün-weißen Faschismus geschah dadurch nicht der geringste Abbruch.

Etwa mit dem Abbot der wahren österreichischen Einheitsfront an die Schwarzen? Aber die Grün-Weißen sind ein Teil der Schwarzen, genau so wie der Schutzbund ein Teil der SP war. Wer den Schwarzen die Einheitsfront an-

bietet, der will den Kampf gegen den grün-weißen Faschismus in Wirklichkeit überhaupt nicht.

Warum funkert Schneidmahl, daß die SP auch gegen den grünen Faschismus kämpfe und warum schwadroniert die AZ, daß die SP gegen jedweden Faschismus kämpfe? Dieses Rebus kann Schneidmahl und auch die AZ nicht lösen. Denn sie müßten sagen: Wie denn anders soll die SP die Arbeitermassen über den sozialdemokratischen Schwandel täuschen und sie trotzdem hinter sich halten, als indem sie ihnen wenigstens in Worten «Kampf gegen den Faschismus» vorschwindeln.

Volksadresse

Die SP ladet alle «freiheitsliebenden Männer und Frauen» ein, sich an der «Volksadresse an den Herrn Bundespräsidenten» zu beteiligen, damit wieder die «verfassungsmäßigen» Verhältnisse zurückkehren. Der Faschismus marschiert, weil die SP kampflös zurückweicht. Die Notverordnungsdictatur wurde möglich, weil die SP dieses Regime in Wirklichkeit toleriert. Daran ändert die Volksadresse gar nichts. Sie ist nur eine Scheinkönig, um die Tolerierungspolitik zu verhallen.

„Vormarsch“ und Wirklichkeit

«Großer Erfolg bei den Wienern Lehrern ... Die Sozialdemokraten sind trotz der Ungunst der Verhältnisse stärker geworden ...» schreibt die «A.-Z.», 11. d. und am 18. d. schreibt sie: «... in Niederösterreich 1049 Mitglieder an einem Sonntag gewonnen». So marschiert die SP vor. Das Merkwürdige an diesem «Vormarsch» ist nur, daß dabei die Arbeiter auf der ganzen Linie immer weiter zurückgedrängt werden, daß trotz der «starken» SP die österreichische Arbeiterschaft «heute weniger Einfluß auf die Reformen des Arbeitsrechtes als in Ungarn und Jugoslawien hat ... Wir können nur feststellen, daß damit die Rechtsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe ungünstiger werden, als sie selbst in der Zeit der Monarchie gewesen sind.» Das muß die «A.-Z.» (15. d.) selbst feststellen. Beides ist wahr. Die SP wächst, die Arbeiter werden schwächer. Das Wachstum der SP hilft den Arbeitern gar nichts, sondern nur der Bourgeoisie. Das Wachstum der SP schwächt die Arbeiter, weil die SP überhaupt nicht gegen die Bourgeoisie ist, sondern im Gegenteil der Agent der Bourgeoisie ist in den Reihen der Arbeiter.

Der «kluge Politiker» Seitz

Vizekanzler Winkler sagte in einer Rede folgendes: «Wenn auch die Regierung gewisse Voraussetzungen schaffen will, um ein besseres Funktionieren des Parlaments zu ermöglichen, so ist der Zeitpunkt doch nicht mehr fern, wo die österreichische Regierung unter Mitarbeit des Parlaments Zustände herbeiführen wird, wie wir sie für unser Land für wünschenswert halten.» Unter «wir» versteht Winkler die Bourgeoisie; er meint also Zustände, die die Bourgeoisie für wünschenswert hält. Seitz nahm dazu wie folgt Stellung: «Ich begrüße lebhaft, was wir soeben jetzt von dem Vertreter der österreichischen Bundesregierung, vom Herrn Vizekanzler, gehört haben, daß man in Oesterreich in nächster Zeit, um es mit einem Wort zu sagen, zum Parlament zurückkehren wird. Das ist ein Gebot kluger Wirtschaft, nicht nur kluger Politik. Die wirtschaftliche Not fordert eine Zusammenfassung aller Volkskräfte im Sinne der Verfassung, damit jeder mitwirke in seiner Art, dann ist mir nicht bang, daß wir es schaffen werden.»

«Wir wollen Zustände, die uns passen», spricht die Bourgeoisie durch Winklers Mund. «Wir begrüßen das lebhaft, wir werden es schon schaffen,» antwortet die SP durch den Mund des «klugen Politikers» Seitz. Das ist die wahre Linie der Sozialdemokratie ...

Dabei offeriert die SP den Kapitalisten wieder einmal die Koalition («Zusammenfassung aller Volkskräfte») und zeigt, daß sie zu den größten Konzessionen bereit ist, wenn die Bourgeoisie ihr um Gottes willen endlich wieder die Gelegenheit gibt, durch schöne «Kampf»phrasen im Parlament, die sozialdemokratische Verratspolitik vor den Massen besser maskieren zu können.

ZEICHNET DRESSFONDS!

Die Schuldigen suchen sich herauszulügen

Das deutsche Stalin-ZK veröffentlicht eine Entscheidung zur Lage und den nächsten Aufgaben, womit die Stalin-Bureaucraten ihren Meister Stalin und sich selbst aus der furchtbaren Schuld, die aus ihnen leidet, herauszulügen suchen. Wir bringen die markantesten Stellen, die klar aufzeigen, wie krupellos die Stalin-Clique lügt, um die Arbeiter zu täuschen und sich weiter oben zu behaupten.

«Das Zentralkomitee stimmt vorbehaltlos der Resolution des EKKI zur Lage in Deutschland zu und beschließt, diese Resolution allen Mitgliedern der Partei zuzuleiten. ... Das Zentralkomitee weist mit Genugtuung auf die Feststellung des EKKI hin, daß die Politik der KPD unter Führung des Genossen Thälmann bis zum 30. Jänner richtig war und daß das EKKI alle Maßnahmen der Partei seit 30. Jänner als Fortsetzung der richtigen Generallinie unserer Partei festhält. ... Also, die Stalinsche Politik bis zum 30. Jänner war richtig und nach dem 30. Jänner war sie auch richtig. Und dennoch hat das deutsche Proletariat die zerschmetternde Niederlage erlitten und die KPD selbst wurde zerschmettert. Wer trägt daran die Schuld, daß die Stalinsche Politik angeblich richtig war? Hören wir.

«Die Schaffung der kämpfenden Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitern, der Kampf der KPD um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus und den revolutionären Ausgang wurde zweifellos dadurch erschwert, daß gleichzeitig der Kampf gegen den nationalsozialistischen Massenauflauf geführt werden mußte, bei dem die antifaschistischen Phrasen der Sozialdemokratie unsere Arbeit erschweren. Das Proletariat konnte die bis zu den wilden Provokationen gesteigerten Angriffe des Faschismus noch nicht durch revolutionäre Massenaktionen abwehren und selbst zu entscheidenden Machtkämpfen übergehen, weil die Mehrheit des Proletariats, insbesondere in den Betrieben und Gewerkschaften, noch unter dem Einfluß der sozialfaschistischen Führer stand, weil die KPD noch nicht stark und manövrierfähig genug war, um gegen den Widerstand der sozialfaschistischen Bureaucratie große Massenaktionen auszulösen. ... Es ist gerade umgekehrt. Nicht der nationalsozialistische Massenauflauf hat den Kampf der KPD um die Gewinnung der Mehrheit für den Kommunismus und den revolutionären Ausgang erschwert, sondern umgekehrt: weil durch die grundfaschistische Stalinsche Politik die KPD verhindert wurde, die kämpfende Einheitsfront herzustellen, verhindert wurde, Einfluß in Betrieben und Gewerkschaften zu gewinnen, verhindert wurde, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus und den revolutionären Ausgang zu gewinnen, darum und nur darum ist der Massenauflauf des Nationalsozialismus entstanden und gestiegen. Das zum ersten. — Warum aber blieb die Mehrheit des Proletariats, insbesondere in den Betrieben und Gewerkschaften, noch unter dem Einfluß der «sozialfaschistischen» Führer? Weil sie «noch nicht stark und manövrierfähig war, um gegen den Widerstand der «sozialfaschistischen» Bureaucraten große Massenaktionen auszulösen», sagt ihr Stalin-Schwinder. Aber ihr hattet doch in der KPD 100.000, ja wie ihr sagt, über ¼ Million Mitglieder, ihr hattet, wie ihr sagt, eine mächtige RGO, ihr hattet 6 Millionen Wähler, nicht viel weniger als die SPD, und ihr hattet mehrere Dutzend Zeitungen und manches mehr! Nein, an Stärke hat es der KPD nicht gemangelt und eure Manövrierfähigkeit war und ist im Gegenteil unübertroffen, soviel Manöver wie ihr an einem einzigen Tag hatten Marx und Lenin in ihrem ganzen Leben nicht gemacht. Nein, ihr Schwinder, eure Linie war grundfalsch, dadurch habt ihr die Partei gelähmt, habt sie gehindert, von ihrer Stärke den richtigen Gebrauch zu machen, habt sie gehindert, die sozialdemokratischen Arbeitermassen zu gewinnen, durch die Stalinsche Politik wurden die sozialdemokratischen Arbeiter, obwohl der Verrat der SP bereits zum Himmel stank, von der KPD abgestoßen.

«Bei dieser Lage war es für die Partei unmöglich, allein mit der revolutionären Avantgarde des Proletariats, ohne die Massenorgane der Mehrheit der entscheidenden Schichten des Proletariats einen von vorneherein zu niedrigeren verurteilten aussichtslosen Kampf gegen die faschistische Diktatur aufzunehmen.» Zuerst hat die Stalin-Bureaucratie durch verbrecherische Politik die KPD von den Massen isoliert, dann benützte sie diese durch sie selbst verschuldete Isolierung — um kampflös zu kapitulieren.

«Der Sieg der konterrevolutionären Partei des Faschismus hat die Arbeiterklasse und ihre Partei vorübergehend zum Rückzug gezwungen. Aber nur Kapitulationen und Opportunismen können davon reden, daß die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus geschlagen sei, daß sie eine «Schlacht verloren» und eine «Niederlage erlitten» habe.» Vorübergehender Rückzug, keine Niederlage, so spricht der Stalinismus über die deutsche Katastrophe, um seine Schuld zu verantworten, die die Sozialdemokratie durch ihre jahrzehntelange Politik der Spaltung und Schwächung der Arbeiterklasse trägt. — Der Verrat der SP am Proletariat entschuldigt die KPD nicht im geringsten. Denn daß die SP ihrer ganzen Grundeinstellung, ihrem Wesen nach Verrat übt an der Arbeiterklasse, das war die grundlegende Tatsache, die zur Gründung der KP geführt hat. Der jahrelange Verrat der SP an der Arbeiterklasse ist Tatsache, aber gerade darin besteht die Harnschuld des Stalinismus an der deutschen Katastrophe, daß er die kommunistischen Parteien gelähmt, gehindert hat, diesen jahrelangen sozialdemokratischen Verrat an den Mas-

sen weilsam auszunützen, die Millionenmassen für die kommunistische Partei zu gewinnen und sie geschlossen gegen den Faschismus, gegen die Bourgeoisie zu werfen.

«Die entscheidende Schwäche unserer Parteiarbeit, die in der ungenügend fortgeschrittenen Bolschewisierung unserer Partei zum Ausdruck kommt, liegt darin, daß die richtigen Beschlüsse der Führung der Partei, die Betriebe zum wirklichen politischen Zentrum der Parteiarbeit, zur Basis der Einheitsfrontpolitik zu machen, nur ungenügend in die Praxis umgesetzt wurden. — Die richtigen Beschlüsse des Stalin-ZK wurden nur ungenügend in die Praxis umgesetzt. Die verbrecherischen Bankrotteure wälzen ihre Schuld krupellos — auf die Parteimitglieder! — Trotz der richtigen Generallinie, die das XII. Plenum des EKKI bestätigte, gelang es der Parteiführung nicht, die Schere zwischen richtigen Beschlüssen und ihrer richtigen Durchführung zu schließen» nämlich (das ist der Sinn des Stalin-Drehs) durch die Schuld der Parteimitglieder!

Um die Verleumdung der Parteimitglieder abzuschwächen, schiebt die Stalin-Bureaucratie wie immer nach jeder Niederlage einen neuen Sündenbock vor: der große Heinz Neumann, der allein ist nun plötzlich schuldig: «Die Neumann-Herzen sind heute zum Bannerträger aller rückständigen Stimmungen an der Peripherie der Partei geworden. Sie sind ein Kanal, durch den der Klassenfeind seine Provokationsparolen in die Partei lanciert. ... Das ZK wird alle Sicherungen treffen, um die Linie der Partei umzusetzen und diese Störenfriede mit Hilfe der ganzen Partei und im Namen der ganzen Arbeiterklasse rücksichtslos auszulöschen.» — Vor kurzer Zeit hat die Stalinclique noch geschwankt, ob sie nicht Thälmann als Sündenbock opfern und Heinz Neumann zum Führer der (politisch toten) KPD ernennen soll! «So sind in bestimmten Situationen Spitzenangebote zu gemeinsamen Aktionen unerlässlich, um die Sabotage jeder antifaschistischen Aktion durch die sozialfaschistische Führung vor den Augen der breiten Arbeiterschaft klarzustellen, ihre eigene Initiative zu stärken und die kampfgewilligen Arbeiter zu stärken und die Einheitsfront von unten zugänglich zu machen.» — Vor ganz kurzer Zeit war es noch der Geißel der Stalinschen Weisheit, jedes Spitzenangebot über die Haupt zu werfen. Wer will, kann es noch heute in der Manuskript-Broschüre lesen, die von der Stalin-Bureaucratie besonders in Oesterreich kopiert wurde. Das hindert aber die Stalin-Schwinder nicht, nach wie vor das Spitzenangebot von KI an SI, im Internationale zu internationale verbrecherisch zu verwerfen und so der Arbeiterklasse das gewünschte Argument zu liefern, die internationale proletarische KampfEinheitsfront zu verhindern.

So spielen die sozialdemokratischen und die stalinistischen Verräter einander in die Hände, die blutige Zeche zahlt das Proletariat, die Verräter beider Seiten aber haben nur die eine wirkliche Sorge, ihre bürokratischen Positionen und Pfünden zu behaupten.

Gleich im Anschlusse an diese Stalinsche Schwindresolution schiebt die «Rundschau» (Seite 549): «Nein, wir klagen nicht und wir jammern nicht, es ist schmerzlich und empörend, daß durch die untüchtige Schuld der sozialdemokratischen Führer die deutsche Arbeiterklasse durch das Gefegfeuer ihrer faschistischen Diktatur gehen muß, ehe sie beginnen kann, den Sozialismus zu verwirklichen.» — Neuerlich wird hier die Schuld auf die SP geschoben, dazu haben wir das Nötige gesagt. Aber zugleich wird hier ausgesprochen, daß die deutsche Arbeiterklasse durch das Gefegfeuer der faschistischen Diktatur gehen muß. Als ob es fünfzehn Jahre keine KPD gegeben hätte. Nein, es war eine KPD da, bei Leninscher Politik hätte sie längst die Massen von der SP losgelöst, hätte sie längst die Massen geschlossen zum Kampf gegen die Bourgeoisie geführt und die Aufrichtung der faschistischen Diktatur nicht nur verhindert, sondern den Faschismus zerschmettert und sich unumittelbar den Weg zur Macht gebahnt. Das ist die Wahrheit: Die deutsche Arbeiterklasse muß durch das Gefegfeuer der faschistischen Diktatur dank der verbrecherischen Politik des Stalinismus, der der sozialdemokratischen Verratspolitik die Mauer gemacht.

Das Beste aber kommt. Diese Stalinbankrotteure, die keinen Finger gerührt haben, um durch Kampf die Aufrichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern, diese Stalinbureaucraten, die kampflös, schamlos vor Hitler kapituliert haben, diese Stalinbeamten, die mit überradikalen Phrasen im Maul in Wirklichkeit die KP, die Kommunisten immer wieder hindern, den wirklichen Kampf der Millionenmassen zu mobilisieren — diese selben Schwinder wollen nun, daß ihnen irgendwer glaube, daß sie nun nach der durch sie verursachten Katastrophe kämpfen, um den Faschismus zu besiegen. Nein, ihr Stalinbureaucraten, ihr habt vor der Katastrophe nicht für das Proletariat gekämpft und ihr kämpft auch heute nicht für die Arbeiterklasse, sondern ihr habt gekämpft und kämpft auch heute ein einzig und allein um eure bürokratischen Positionen, um eure bezahlten Stellen, um eure persönliche Macht, um eure egoistischen Vorteile. Der Stalinismus in Deutschland ist tot, die KPD ist erledigt. Vor den deutschen Arbeitern, vor den deutschen Kommunisten steht die Grundaufgabe des Hinarbeitens auf eine illegale proletarisch-revolutionäre Partei, auf eine Partei, die die Aufgabe lösen im Bunde mit der Linksoption.

Aus der Bauarbeiterbewegung

Generalversammlung der Sektion der Hilfsarbeiter

Lange hat es gedauert, bis sich die Sektionsleitung der Hilfsarbeiter entschlossen hat, die Generalversammlung einzuberufen. Der Schluger der Tagesordnung war das Referat des Verbandsobmannes Maresch, der «Streiflichter» über die politische und wirtschaftliche Lage brachte. Er gab in seinem Referat Gleichnisse aus der Naturwissenschaft. So stellte er den Faschismus als Elementarkraft der Wirtschaftskrise hin. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte er die Anwesenden auf, sich nicht von dem Bonzenschrei der Radikalen beirren zu lassen, sondern treu zur Fahne der alten Führung zu stehen. Als in der Diskussion einige Redner die wahren Ursachen des Vordringens des Faschismus aufzeigten und das Verhalten der Bureaucraten gegenüber den Genossen Sebek und Weber aufzeigten, gerieten Maresch und Walter aus der Fassung. Sie brachten falsche Vergleiche über Rußland. Besonders Walter konnte sich nicht durchsetzen, er mußte, da er als Kommissär für die Zahlstelle 10/1 eingesetzt ist, von mehreren Kollegen Pfürufe entgegennehmen. Die «Demokraten», die glauben, dauernd die Opposition mit allen Mitteln unterdrücken zu können, um ihre Position zu sichern, werden eines Tages vor der Tatsache stehen, daß sie sich verrechnet haben.

Von der Firma Grundstein

Als die Firma Grundstein gegründet wurde, glaubte manch alter Kämpfer, daß damit auch ein Zufluchtsort geschaffen sei für Gemabregelte oder solche Funktionäre, die schwer eine Arbeit finden. Weiters hatte man angenommen, daß die bei der Firma Arbeitenden nach sozialen Grundätzen behandelt werden würden.

Auch dies war eine Enttäuschung. Statt verdienter Funktionäre werden bei der Firma Grundstein — Fußballer eingestellt. Die Firma Grundstein, welche nach den Grundsätzen eines sozialisierten Betriebes arbeiten sollte, also gemeinnützig, hat diesem Wort eine andere Bedeutung gegeben, nämlich — allgemein ausnützend.

Nächste Sitzung der Fraktion der Bauarbeiter-Linksoption Freitag, den 30. Juni, 1/2 Uhr.

Zur Notverordnung

Durch Notverordnung wurden die Kollektivverträge bei öffentlichen Bauten außer Kraft gesetzt. Dieses Vorgehen begründet die Regierung damit, daß angeblich die Löhne der Bauarbeiter zu hoch seien. Tatsächlich verdient ein Bauarbeiter, der das Glück hat, 20 Wochen im Jahre zu arbeiten, in dieser Zeit durchschnittlich 1200 S. Nimmt man noch den Betrag an Unterstützung von den übrigen 34 Wochen mit beiläufig 600 S an, so beträgt das gesamte Jahreseinkommen eines Bauarbeiters in den heute schon selten günstigen Fall, daß er nämlich 20 Wochen Arbeit bekommt, 1800 S, das macht wöchentlich 34 S. Nun diese Leute, die von zu hohen Bauarbeiterlöhnen sprechen, geben wahrscheinlich für ein Nachtmahl mehr als 34 S aus, von dem ein Arbeiter leben und noch alle anderen Ausgaben bestreiten soll.

Das Wesentliche daran ist aber, ob durch diese zwangsweise Herabsetzung der Bau-

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Zeitungsstand Straßbahnhaltstelle Mariahilfer Gürtel—Ecke Mariahilferstraße; Trafik Währingerstraße '83.

Arbeiterlöhne, wir Bauarbeiter irgendwie die Gewähr bekommen haben, daß wir nur um eine einzige Woche im Jahr länger Arbeit haben werden. Das ist nicht der Fall. Mit dieser Notverordnung ist man ganz offen nur dem Wunsche des Arbeitgeberbundes nachgegeben, die Profite noch mehr auf Kosten der Arbeiter zu steigern und auf diese Weise überhaupt die gesamten Kollektivverträge zu zerstören. Denn, wenn für öffentliche Bauten andere Verträge gelten als für private, so kann sich jeder vorstellen, was für ein Zustand dann im Baugewerbe geschaffen wird. Es muß allen übrigen Arbeitern klar sein, daß, wenn dieses Vorgehen der Regierung gegen die Bauarbeiter den Erfolg zeitigt, den sich die Unternehmer wünschen, daß dann alle anderen Kollektivverträge an die Reihe kommen. Die Reformisten protestieren in der «Arbeiter-Zeitung». Aber zeigt man in Gewerkschaftsversammlungen auf, daß vor allem die Gewerkschaften es waren, die diesen Staat unterstützt haben, daß die

Bureaucratie gebremst haben im Interesse dieses Staates, daß man gegen jeden revolutionären Genossen mit den schärfsten Mitteln vorgeht, indem man praktisch die Ansicht vertrat, daß die Interessen der österreichischen Arbeiter mit dem Gedeihen dieser Republik eng verbunden sind, zeigt man dies auf, wollen die Reformisten auch heute nichts davon hören. Ja, man getraut sich sogar jetzt noch revolutionäre Genossen mit gemeinen Mitteln zu unterdrücken. (Fall Sebek und Weber). Aber das wird euch Bureaucratie nichts nützen. Diese Schläge kommen deshalb über uns Arbeiter, weil die Reformisten im Interesse des Kapitalismus aus der Gewerkschaft einen Unterstützungsverein gemacht haben und ihr den Kampfcharakter genommen haben. Heute suchen sich die Reformisten auszureden auf die Interessenlosigkeit eines Teiles der Mitglieder, die sie selbst herbeigeführt. Wir werden sorgen, daß aus allen Erfahrungen der Arbeiter die nötigen Konsequenzen ziehen werden.

Am 28. Mai war ich persönlich dabei, als die Polzer und M. nach Straßhof kamen. Zufällig war auch Gen. Stipschitsch anwesend und so verlangten wir Straßhofer Genossen eine Diskussion, worin uns die politischen Differenzen aufgezeigt werden sollten, damit wir erkennen, welche Seite richtige Arbeit leide. Doch was wir da zu hören bekamen, war alles andere als Politik. Polzer begam die Diskussion mit einer Dreckoffensive, wie ich sie noch nie gehört. Dreck auf Dreck schüttete er ununterbrochen durch 1½ Stunden gegen die Person des Gen. Frey und stellte all die Genossen, die zumeist seit 10 Jahren schon den Gesundheitskampf führen und fast durchwegs seit 1919 und manche noch viel länger kämpfen, alle diese erprobten, erfahrenen, aktiven Arbeiterrevolutionäre stellte er als Idioten hin, die nichts verstehen, die nichts zu reden haben und blind nachlaufen. So oft ihm Gen. Stipschitsch dazwischenfiel, er möge nicht lügen, nicht verleunden, trug ihm Polzer mit brutalen Worten Watschen an und fuhr tödlich gegen ihn los. Nur unser Dazwischentreten hat seine Prügelabsicht

ten verhindert. Selbstverständlich will jetzt erst recht keiner der Straßhofer Genossen von dieser Prügelaktion etwas wissen. Ich, der ich das mit eigenen Augen sah und mit eigenen Ohren hörte, habe den unwiderleglichen Eindruck gewonnen, daß der Watschen-Polzer mit dem bewußten Plan der Dreckoffensive, mit dem Plan der systematischen Verhetzung nach Straßhof gekommen ist und daß die Prügelmethode seine wahre Einseitigkeit ist. Denn er begann gleich damit, ohne sich irgendwie erst aufgeregt zu haben. Ganz kaltsblütig wechselte er zwischen Dreckmethode und Prügelmethode, wie einer, der bewußt nach einem Plane handelt. Nach dem bewußten Plan nämlich, skrupellos, mit welchen Mitteln immer, den Genossen Frey zu bedrängen. Er hat das Gegenteil erreicht.

Ich will noch bemerken, daß auch die anderen Helden der Max und Moritz Nr. 2, die zu uns hinaus kamen, mehr oder weniger mit denselben Dreckmethoden arbeiteten. Das zeigt, daß das nicht Entgleisungen einzelner, sondern daß es die Methoden dieser Gruppe sind.

Josef Horak, Arbeiter, Straßhof.

Stalinsche „Antifaaktion“ gegen proletarische Revolutionäre!

Der mit Tam-tam angekurbelte «antifaschistische» Kongreß in Paris ist vorüber. Es war ein Paradekongreß, auf dem drei Tage lang Phrasen gedroschen wurden, daß sich die Balken bogen. Die Parade ist vorüber, kein Teufel schert sich heute mehr darum. Der Stalinismus, der dem Faschismus den Sleg in Deutschland ermöglicht hat, der Stalinismus, der den Massenkampf gegen Faschismus und Bourgeoisie sabotierte und sabotiert, zum den Aufbau des Sozialismus in einem Lande nicht zu stören, der Stalinismus, der mit der Bourgeoisie paktiert und auf die proletarische Revolution pfeift, diese Stalin-Clique macht von Zeit zu Zeit Jahrmärktekongresse, um den Massen «Kampf gegen Faschismus, gegen die Bourgeoisie» vorzutauschen. Dazu gehört nichts als das nötige Kleingeld und das verschafft sich die Stalin-Clique nötigenfalls, indem sie die osmandschurische Bahn dem japanischen Imperialismus verklopft.

Es wäre nicht nötig, über den Kongreß auch nur ein Wort mehr zu verlieren, wenn sich dort nicht etwas ereignet hätte, was den stalinschen «Antifaschismus» in seiner wahren Gestalt zeigt und wieder einmal die zynische Fratze des Stalinismus kraß enthüllt. Linksoppositionelle Organisationen, die unter der Führung des Genossen Trotzki stehen, hatten eine Reihe von Delegierten zum Kongreß entsendet, die sich auf wirkliche Mandate stützten, zum Unterschied von vielen hundert Delegierten, die nicht einen einzigen Arbeiter hinter sich hatten. Wir sind der Ansicht, daß der Kräfteaufwand, um linksoppositionelle Delegierte zu solchen Schwindelkongressen zu entsenden, nicht im Einklang steht zu der verschwindenden Wirkungsmöglichkeit, die solche Paradekongresse überhaupt bieten. Wie immer dem aber sei, für jeden, der ehrlich auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes steht, ist es über jeden Zweifel erhaben, daß die linksoppositionellen Delegierten bewußte, ehrliche, der Arbeitersache durch und durch ergebene proletarische Revolutionäre sind. Und nun höre man, was sich auf diesem Kongreß abgespielt hat: Diese wirklichen proletarischen Revolutionäre wurden nach allen Regeln stalinscher Holiganregie mit Prügeln traktiert, sie wurden — die Feder sträubt sich, es zu schreiben — buchstäblich aus dem Kongreß hinausgeprügelt. Und das nennt sich — «antifaschistischer» Kongreß! Greller als alles andere zeigt gerade dies den Schwindelcharakter des Kongresses, kraß zeigt es das Verbrechen der Stalin-Clique, die für die proletarischen Revolutionäre nur hat Prügel, Verhöhnung, Erschießung, und mit scheiternden Phrasen, Kongressen, Abenteuern skrupellos jongliert, die Massen täuscht, ihre die proletarische Sache verräterische Politik weiter fort-

setzt, zu dem einzigen Hauptzweck, auf Kosten des Proletariats, auf Kosten der proletarischen Revolution, auf Kosten der Sowjetmacht, auf Kosten des Kommunismus ihre persönliche Macht und Prüfden weiß zu behaupten.

Leider sind wir gezwungen, eine Bemerkung anzuschließen. Mit Recht verwirft die Pariser «Verité» diese verbrecherischen Methoden des Stalinismus. Denn nichts braucht das Proletariat so dringend als die Zusammenfassung seiner ganzen Kraft zum Kampf gegen seinen Feind. Gerade solche Methoden aber erschweren die proletarische Mobilisierung zum Kampf, weil sie die Arbeiter, statt sie zusammenzuführen, auseinanderhetzen. Mit Recht gibt die «Verité» die Losung: «Keine Gewalt unter den Ausgebeuteten!» Doch was für Paris gilt, muß gelten auch — für Wien. Wir haben in der letzten Nummer das Auftreten des Watschen-Polzer in Straßhof aufgezeigt. Wir haben aufgezeigt, daß das nicht eine Einzelercheinung, sondern eine Methode, eine Einstellung dieser Leute ist. Wir haben gezeigt, daß jene drei Helden, deren Namen wir um ihrer willen nicht veröffentlichten, von der Prügelinstellung ganz durchdrungen sind. Es wäre uns ein Leichtes, dieses ganze Grüppchen über die Knie zu legen und ihnen den Hintern auszuklopfen, wahrhaftig, sie würden es gründlich verdienen! Doch wir verwerfen solche Methoden innerhalb des Proletariats grundsätzlich, weil der proletarischen Sache schädlich. Wir begnügen uns mit einer Feststellung: In Paris gegen das Prügel — in Wien für das Prügel, diese doppelte Buchhaltung ist unhaltbar.

Brief aus Straßhof

In der «Oesterreichischen Beilage» der Halbmonatsschrift «Unser Wort» Nr. 6 war in der Rubrik «Aus der Opposition» zu lesen: «Eine Ortsgruppe der Partei kommt zur Opposition.» Wozu aufbauen und was das Proletariat bedrängen, die Wahrheit muß es erfahren, die Lügenmethoden dienen nicht der Arbeitersache. Keine Rede davon, daß sich eine ganze Ortsgruppe jenen angeschlossen hätte. Das Gegenteil ist der Fall.

Wir hatten wohl 86 Mitglieder, aber selbst in den Monatsversammlungen kamen keine 30, die Stalin-Politik stieß die Mitglieder ab. Die ganze aktive Arbeit wurde von 6 Genossen geleistet, mich als Obmann eingerechnet. Aus eigener Initiative der aktivsten Genossen wurde die ganze Ortsgruppe auf die linksoppositionelle Bahn gedrängt. Wir, die aktiven Kräfte, hatten bereits den festen Plan, an die «Arbeiter-Stimme» zu schreiben und zu verhandeln. Auf einmal erschien einer jener Helden, von dem wir heute wissen, daß er zu der Prügel-fraktion gehört, jenen Max und Moritz Nr. 2. Das Schick, dessen sich diese Sorte von Leuten nach außen bedienen, ist gut, doch wer dahinter schaut, erkennt, daß dahinter ein raffiniertes Kleeblatt steckt, das unter dem Mantel des Gesundheitskampfes seine egoistischen, streberischen Pläne betreibt. Wir hatten gelegentlich in einer Ausschußsitzung mit einem dieser Leute eine Besprechung, und siehe da, er drehte sich und wanderte sich, wie es ihm gerade in den Kram paßte, ganz genau so, wie es die Kopenig & Co. taten. Nicht einen einzigen vermochte die Max & Moritz bei uns zu überzeugen und nicht einen einzigen haben sie gewonnen.

Arbeiterkulturbund „Spartakus“

2. und 9. Jül. Badenanstalt Zinkbach. Wenn nicht Badenwetter, so Treffpunkt 1/2 Uhr Straßenbahnstation hinter der Floridatorer Brücke und von dort aus Partie nach Verein.

Aus der Opposition

Jene Prügelaktion, deren Methoden wir schon gekennzeichnet, verbreitet planmäßig die Lüge, unsere Organisation sei aus der ILO ausgeschlossen worden. Demgegenüber stellen wir fest:

1. Wir sind aus der ILO am 22. November 1930 ausgetreten. Die «Arbeiter-Stimme» (Nr. 66 vom Jänner 1931) enthält darüber folgende Verlautbarung:

Die Leitung der KPOe (Opposition) hat am 22. November 1930 folgenden Brief an das Internationale Sekretariat der Linksoption gerichtet:

«Werte Genossen! Schon bei ihrer Anwesenheit in Wien haben wir den Genossen Molnir und Mill erklärt, daß wir bei aller politischen Uebereinstimmung — die politische Uebereinstimmung besteht auch heute — seit langer Zeit mit wachsendem Zweifel und ohne Vertrauen dem falschen und unaufrichtigen organisatorischen Methoden gegenüber stehen, die Genosse Trotzki und das Internationale Sekretariat praktisch anwenden.

Wir hegten die Hoffnung, daß sich das nach den persönlichen Eindrücken, die die Genossen Molnir und Mill in Oesterreich gewonnen haben, ändern werde. Allein wir haben uns gründlich getäuscht. Der Brief des Genossen Mill vom 12. November, vor allem aber der Brief des Genossen Trotzki vom 16. November samt Beilagen, haben uns den letzten Rest von Vertrauen genommen.

In Konsequenz davon ziehen wir hiemit in aller Form unseren Beitritt zur Internationalen Linksoption zurück.

Eine Beilage betreffend Beschluß der Oppositionsleitung über Ausschuß Stiff. Mit kommunistischen Gruß.

Die Wiener Konferenz vom 3. Dezember 1930 hat den vorstehenden Brief einstimmig gebilligt.

Die näheren Umstände, die zu diesem Schritt führten, sind dargestellt in dem Artikel «Erwiderung», der ebenfalls in Nr. 66 erschienen ist. Wir begnügen uns, daraus eine Stelle anzuführen:

Die KPÖ (O) hatte jemanden ausgeschlossen; er hatte erklärt, er ringe mit sich, sich dem stalinschen ZK anzuschließen; er drohte jede Arbeit für die KPÖ (O) einzustellen und sie mit allen Mitteln zu bekämpfen, wenn er nicht zum Organisationsleiter der Opposition eingesetzt werde; er hat schließlich die Organisation durch eine Kette infamer Handlungen auf das größte Maß geschädigt. Der Ausschlossene bewachte sich bei Trotzki und dem Internationalen Sekretariat. Das war sein Recht. Allein Trotzki und das Internationale Sekretariat nahmen dazu Stellung, ohne vorher auch die Organisation, gegen die die Beschwerde sich richtete, zu fragen, ob die Angaben der Beschwerde auf Wahrheit beruhen bzw. was die Organisation dazu zu sagen habe. Mehr noch: Trotzki und das Internationale Sekretariat kommandierten* ultimativ folgenden Ukas: Innerhalb 14 Tagen muß die Einigung vollzogen sein, — auch mit dem Ausschlossenem. Für solche Organisationsmethoden ist die KPÖ (O) nicht zu haben. Solche Organisationsmethoden sind nicht nur unaufrichtig, sondern auch falsch. Zu solchen Methoden hat sie kein Vertrauen. Durch 2½ Jahre waren alle Mittel nicht in stande, diesen falschen und unaufrichtigen Organisationsmethoden Einhalt zu tun. Dazu kam die kommandierte «Einigung» ultimativ innerhalb 14 Tagen auch mit dem Ausschlossenem, ohne vorher die KPÖ (O) nach ihrer Stellungnahme zu den Angaben des Ausschlossenem auch nur zu fragen. Diese Umstände zwingen zu einem außerordentlichen Schritt: Die Oppositionsleitung beschloß einstimmig den Beitritt zur Internationalen Opposition zurückzuziehen. Die

Wiener Konferenz der KPÖ (O) vom 3. Dezember hat diesen Beschluß einstimmig gebilligt.

Seither gehören wir der ILO organisatorisch nicht an. Alle bisherigen Versuche, ein gesundes Verhältnis herzustellen, sind letzten Endes daran gescheitert, daß immer neue Erfahrungen uns bewiesen haben, daß jene organisatorischen Methoden weiter bestehen.

2. Wer der Auffassung ist, daß wir von der proletarischen Klassenlinie abweichen, dem stand und steht der Weg offen, das aufzuzeigen.

3. Was die Frage der Auslese betrifft, so stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das entscheidende Wort in dieser Frage sprechen werden die klassenbewußten Arbeiter.

21. Juni 1933.

Zu der in Nr. 7 von «Unser Wort» veröffentlichten «Organisationsmitteilung» bemerken wir: Das Internationale Sekretariat hatte im Vorjahre hinter unserm Rücken gegen uns eine Fraktion gegründet, um sie unter dem Schein einer «Einigung» in unsere Mitte zu bringen zum Sprengen unserer Organisation, und zwar, ohne dies politisch zu begründen. Als wir die Bekanntgabe der politischen Gründe verlangten, wurde das verweigert. Daraufhin haben wir erklärt, solange wir nicht die politischen Gründe erfahren, geben wir keine Auskunft über unsere organisatorischen Verhältnisse. Wir hatten als Nichtmitglieder keinen Anlaß, jemandem, der so handelt, das Intrigantenspiel zu erleichtern.

Ob unsere Politik linksoppositionell ist, überlassen wir getrost dem Urteil der klassenbewußten Arbeiter. Wer es bezweifelt, der soll sich die allgemeinen, nur lächerlichen Phrasen ersparen und soll frisch von der Leber, aber politisch konkret sprechen.

Aus unseren organisatorischen Differenzen mit Genossen Trotzki und der ILO haben wir nie Geheimnisse gemacht, sondern gerade im Gegenteil möglichst klar darüber in der «Arbeiter-Stimme» geschrieben, um so die Klärung zu erleichtern. Alle gegenteiligen Angaben in «Unser Wort» sind blanke, und zwar bewußte Lüge.

Diejenigen, die über unser hoffnungsloses Dahinvegetieren* schreiben, verwechseln ihre frommen Wünsche mit den Tatsachen. Welche Kinderei! Wir unsererseits wünschen gerade umgekehrt der österreichischen «Sektion» alles Gute und fordern nochmals ehrlich und ernst alle auf, möglichst rasch und in möglichst großer Zahl der «Sektion» beizutreten, damit sie durch eigene Erfahrung kennen lernen. Dann werden sie sich leichter als heute die Frage stellen und beantworten können, mit welchen wirklichen Methoden (am Papier klingen sie nämlich anders) diejenigen arbeiten, die den österreichischen Arbeitern diese erste ernste linksoppositionelle Gruppierung in Oesterreich präsentieren.

21. Juni 1933.
Die Leitung der Linksoption.

* In seinem Artikel «Zur Lage in Rußland» schrieb Trotzki am 21. Oktober 1928 (siehe «Arbeiter-Stimme» Nr. 39): «Die revolutionären Kader der ausländischen Parteien können nur an ihrer eigenen Erfahrung wachsen. Auf ein Kommando der Internationalen Opposition im Geiste des Ekki erheben wir keinen Anspruch.» Auf dem Papier — so, in der Praxis — das Gegenteil.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und verantwortlicher Redakteur im Auftrag der Linksoption: Johann Babnik, Wien, XVI., Liebhartsplatz 36/13. — Druck: «Inva», Wien, VII., Lechenfeldstrasse 1.